

369



**Der  
Freiheits-  
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für  
Österreichs Freiheit**

59. Jahrgang – Nr. 27 – April 2009

Arbeitsgemeinschaft auf Gedenkfahrt  
nach Auschwitz, Birkenau und Plaszow

---

# Vor 75 Jahren: 1934 ein Schicksalsjahr Österreichs

*Ein  
gesegnetes  
Osterfest*

*wünschen die  
ÖVP Kameradschaft  
der politisch Verfolgten  
und Bekenner für  
Österreich und  
„Der Freiheitskämpfer“.*

---



Gedenkstein auf dem Gelände  
des ehemaligen Arbeitslagers  
in Plaszow bei Krakau.



Hubert Jurasek

## Vor 75 Jahren: 1934 ein Schicksalsjahr Österreichs

**Das Jahr 1934 ist für unsere geliebte Heimat Österreich wahrhaftig ein Schicksalsjahr gewesen. Nachdem am 4.3.1933 der Versuch der Oppositionsparteien mit parlamentarischen Tricks die Regierung zu stürzen misslungen war, haben ihre Wehrformationen es mit Waffengewalt versucht. Die Sozialisten haben am 12.2.1934, die Nationalsozialisten, zu denen inzwischen die Großdeutschen übergegangen sind, am 25.7.1934 einen Versuch unternommen. Über beide Ereignisse ist schon wiederholt geschrieben worden (FK 10/2004, S 4). Vom Putschversuch der Nationalsozialisten am 25.7.1934 und dessen Vorgeschichte sowie vom Inkrafttreten der (berufs)-ständischen Verfassung am 1. Mai 1934 wird in den kommenden Nummern berichtet werden.**

**A.** In den 80-er Jahren des 19. Jahrhunderts sind in der westliche Hälfte der Monarchie als Protest gegen den bürgerlichen Geist und gegen die Wirtschaftspolitik des österreichischen Liberalismus drei Massenbewegungen empor gekommen, die anfangs im Sinne des Linzer Programms von 1882, dessen treibende Kraft der Alldeutsche Georg von Schönerer gewesen ist, verbunden waren: die Alldeutschen, später Großdeutschen, die schließlich zu den Nationalsozialisten (Braunen) übergegangen sind; in der zweiten Republik müsste man dazu die Blauen und Orangen zählen; die Marxisten, Kommunisten, Sozialisten, später revolutionäre Sozialisten, später Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), nunmehr wohl die Grünen auch: „die Roten“; die Christlichsozialen, später Vaterländische Front, nach 1945 ÖVP, die „Schwarzen“. Bald ist es zwischen diesen drei Parteien zu einer Versteifung der Beziehungen gekommen, die auf lange Sicht von entscheidendem Einfluss auf die kompromisslose Bürgerkriegsstimmung in der ersten Republik geworden ist. (DII.381 ff; KS 29).

Der fünfte Kriegssommer 1918 lastete schwer auf der Bevölkerung. Namentlich in den großen Städten und den Indus-

trieorten waren die Verheerungen durch Hunger und Seuchentod erschreckend; auch haben Streiks begonnen. Es ist jedoch der Regierung gelungen, die Unruhen zu besänftigen. Im k.u.k.-Kriegsministerium ist so etwas wie eine „Sozialpartnerschaft“ im Miniformat entstanden. Als Vertreter der Arbeitnehmer ist von den Gewerkschaften, also den Sozialisten, der Leutnant der Reserve Julius Deutsch in diese Kommission entsandt worden; unter diesem Deckmantel hat er eine „geheime Militärorganisation“, gebildet, aus der später die Volkswehr und in der Folge der Republikanische Schutzbund geworden ist. Die Arbeitgeber haben einen Major mit ihrer Vertretung betraut. (DII. 115 f.; 203, 410).

Nach dem Streik vom Jänner 1918 gründete der damalige Infanterist Leo Rothziegel, Anhänger des in Russland eingeführten Räte systems, die sogenannte „Rote Garde“ (Volkswehrbataillon 41). Dieses Bataillon hat bei allen Aufstandsversuchen auf kommunistischer Seite mitgemacht, bis es auf Befehl des Volksausschusses vom 27. August 1919 aufgelöst worden ist. (D I. 193; Ö 61, 107).

Am 8.1.1918 formulierte der Präsident der USA Woodrow Wilson die Kriegsziele der USA, zusammengefasst in 14 Punkten; die Punkte 9 – 11 betreffen unmittelbar Interessen Österreich-Ungarns; in Punkt 10 heißt es wörtlich „Den Völkern Österreich-Ungarns soll die freie Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden“. Kaiser Karl erlässt am 16. Oktober 1918 ein Manifest mit der Überschrift „An meine getreuen österreichischen Völker“; in diesem Manifest ruft er zum „Neuaufbau des Vaterlandes“ auf, wobei „die Wünsche der österreichischen Völker sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und deren Erfüllung zuzuführen“ seien; jedem nationalen Einzelstaat werde seine Selbständigkeit gewährleistet, doch diese Einzelstaaten sollen unter Habsburgs Krone zusammenleben. Dieses Manifest kam leider zu spät, es wirkte statt zur Befriedigung eher als Sprengsatz und leitete den Exodus der Nationalitäten aus der Donaumonarchie und die Bildung sogenannter Nationalstaaten ein. Am 26. September erklärte sich die Tschechoslowakei, am 16.10. Ungarn, am 29.10. Jugoslawien selbständig. (F I. 578 f.; Ö 11, 91 und 130).

Jeder einzelne der Nachfolgestaaten berief sich auf historische Grenzen, die er für sein neues Staatsgebilde beansprucht; damit forderten sie auch Siedlungsgebiete anderer Nationen. Die Truppen des Laibacher Nationalrates drangen so weit als möglich auf steirisches und kärntnerisches Gebiet vor, ihnen leisteten die „Kärntner Abwehrkämpfer“ Widerstand; eine Volksabstimmung im Oktober 1920 konnte Kärnten vor der Teilung bewahren. An der Grenze zu Ungarn hat es langandauernde Kämpfe um Teile der drei hauptsächlich von Deutschen besiedelten und Österreich zugesprochenen westlichen Komitate Pressburg, Wieselburg und Ödenburg gegeben, dem heutigen Burgenland. (D I 186 f.; Ö 74 f, 150 f.).

Die neu gegründeten „Nachfolgestaaten“ zogen ihre Truppen auch von der Front zurück. Alle heimkehrenden teils marodierenden Truppen mussten durch das Gebiet des jetzigen Österreich. Auf dem flachen Land und in den Städten bildeten sich Bauernwehren und Arbeiterwehren, um Plünderungen und den Abtransport vor allem von Lebensmitteln zu verhindern. Aus den Bauernwehren

sind dann die Heimwehren hervorgegangen, die Arbeiterwehren schlossen sich eher dem Schutzbund an. (SCH 76).

So wie die anderen Völker wollen auch die Abgeordneten der deutschsprachigen Gebiete Österreichs eine Nationalversammlung gründen. Am 21. Oktober 1918 werden die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrates in das niederösterreichische Landhaus in Wien, Herrngasse, einberufen. An den für 6. Februar 1919 ausgeschriebenen Wahlen für die „Konstituierende Nationalversammlung Österreichs“ sollen auch die Vertreter der von Österreich beanspruchten deutschsprachigen Gebiete in Böhmen-Mähren und in Südtirol teilnehmen. Überall in diesen Gebieten werden Kundgebungen abgehalten, bei denen man sich zu Deutsch-Österreich bekennt und in Resolutionen den Anschluss dieser Gebiete an Deutsch-Österreich beschließt. (D I. 146 f.)

**B.** Es wird ein 20-köpfiger Vollzugausschuss bestellt, der die von Karl Renner ausgearbeitete „Provisorische Verfassung“ in Kraft setzt. An der Spitze des neuen Staates steht ein „Staatsrat“ mit drei Präsidenten: dem Deutschnationalen Franz Dinghofer, dem Christlichsozialen Jodok Fink und dem Sozialisten Karl Seitz. Leiter der Staatskanzlei wird Karl Renner, er ist damit Regierungschef. Dem neuen Staat Deutsch-Österreich steht somit eine Konzentrationsregierung vor. (Ö 174 f.)

Am Vormittag, des 11. November 1918 tritt in Wien der „Staatsrat“ zusammen, dem Karl Renner den Gesetzesentwurf über die Ausrufung der „Demokratischen Republik

Deutsch-Österreich“ vorlegt, dessen Artikel II. lautete: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik“. Für den 12. November wird die „provisorische Nationalversammlung“ in das Parlamentsgebäude einberufen, um ihrerseits die neue Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich zu beschließen. In der dicht gedrängten Menge auf der Parlamentsrampe macht sich plötzlich Unruhe bemerkbar. Ein Transparent wird entfaltet: „Es lebe die Sozialistische Republik Österreich“. Unter „Sozialistische Republik“ versteht man an diesem Tage eine Räterepublik nach sowjetischem Muster. Vor dem Parlament marschieren bewaffnete Formationen auf: Zwei Bataillone der von Rothziegel und Kisch ins Leben gerufene „Roten Garde“ und Bataillone der Volkswehr. Um 15:45 Uhr versucht Präsident Dinghofer von der Parlamentsrampe aus die neue Verfassung der wartenden Menschenmenge zu verkünden. Die Fahnen mit den Farben der neuen Republik (rot-weiß-rot) sollten aufgezogen werden, ein Oberleutnant der „Roten Garde“, der „rasende Reporter“ Egon Kisch, ein überzeugter Kommunist, zückte seinen Säbel und schnitt die weißen Farben heraus. Vergebens versuchten Renner und Deutsch die erregte Menge zu beruhigen. Ein Haufen roter Soldaten unter Anführung eines Offiziers erstürmte mit gefälltem Bajonett den Zugang zum Parlament. Ein von Julius Deutsch, nunmehr Unterstaatssekretär für Heereswesen, zur Hilfe gerufene Bataillon der Volkswehr besetzte widerstandslos die Rampe und bezog Biwak in der Säulenhalle des Parlaments. Langsam beruhigte sich die Lage, es gab zwei Schwerverletzte und einige durch das Gedränge Verletzte. (D I. 188 f.; KS 85; Ö 69 f.; 110 f.)

Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung am 16.2.1919 erzielten die Sozialisten als stärkste Partei mit rund 41 % der Stimmen und 72 Mandaten die relative Mehrheit; die Christlichsozialen erzielten 69 Mandate, die Großdeutschen nur 26. Am 15.3.1919 wird eine sozialistisch-christlichsoziale Koalitionsregierung gebildet mit Karl Renner als Staatskanzler und dem Vorarlberger Christlichsozialen Jodok Fink als Vizekanzler, Heeresminister Julius Deutsch; es war eine problematische Konstellation, die jeder innerer Gemeinsamkeit und gemeinsamer Zielvorstellung entbehrte. Wie groß das Misstrauen zwischen den beiden Parteien war, ersieht man aus folgendem Passus, der in die Koalitionsvereinbarung von 1919 aufgenommen worden ist: Die neue Wehrmacht, auf die demokratische Republik vereidigt, wird an den politischen Kämpfen nicht teilnehmen.

In der ersten Sitzung der neu gewählten Nationalversammlung am 4.3.1919 werden die früheren Reichsratsabgeordneten der Sudetengebiete, Südtirols und der Untersteiermark eingeladen, Platz zu nehmen, um die Zusammengehörigkeit dieser Gebiete mit Österreich demonstrativ zu unterstreichen. An diesem Tag kommt es in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei zu heftigen Demonstrationen, bei denen der Anschluss an Deutsch-Österreich gefordert wird. Die CSR-Regierung befiehlt Polizei und Militär die Anschlusskundgebungen zu unterdrücken. Am Ende dieses Tages zählte man in den Sudetengebieten 57 Tote und hunderte Verletzte. (KS 100 ff.; Ö 92 ff.)

Am Gründonnerstag 1919, den 17.4., zogen Heimkehrer und Arbeitslose zum Parlament und forderten die Erhöhung der

Brotration und der Arbeitslosenunterstützung. Die von Räte-Ungarn gesteuerten kommunistischen Agitatoren rufen zur Beseitigung der Regierung und zur Errichtung einer Räterediktatur in Österreich sowie den Anschluss eines „Räte-Österreich“ an die Räterepublik Ungarn auf. Ein Seitentor des Parlaments wird gestürmt, die Demonstranten dringen in die Lichthöfe ein, die im Parlamentsgebäude stationierte Sicherheitswache beginnt die Demonstranten abzudrängen. Auf der Parlamentsrampe fallen Schüsse. Die Volkswehr besetzt das Parlamentsgebäude, nimmt den Polizisten die Gewehre ab und sorgt für deren sicheres Geleit durch den Belagerungsring der Demonstranten. Auf dem Platz bleiben sechs Tote, fünf Polizisten und eine Frau; 36 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt, ebenso an die dreißig Demonstranten. (D I. 201; 77 f.; F I.; 625 f.; Ö 111 ff.)

Die KPÖ beruft am 14.6.1919 ihre Spitzenfunktionäre und Vertrauensleute zu einer Einsatzbesprechung in ihr Parteilokal in Wien 9, Pulverturmstraße 7. Es soll ein Marsch aufs Parlament stattfinden mit dem Ziel eine Räteregierung auch in Österreich einzusetzen. Die Wiener Polizei lässt durch ein Kommando die kommunistische Parteispitze samt ihren Vertrauensleuten verhaften (insg. 122); sie werden in das Gefängnis in Wien 9, Elisabethpromenade gebracht. Um ihre verhafteten Führer zu befreien, marschierten die Kommunisten am 15.6.1919 auf den Platz vor der Votivkirche, dann versuchten sie zum Polizeigefängnis Elisabethpromenade vorzustoßen; sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Es lebe die Diktatur des Proletariats“, „Hoch die Räterevolution“. Die Polizei versperrte ihnen den Weg, es wird geschossen. ►

▶ 13 Demonstranten bleiben tot liegen, sieben weitere erliegen ihren Verletzungen. An die 70 werden schwer verletzt. Die Polizei hat diesmal nur zwei Schwerverletzte. (F I 623 f.; Ö 143 f.).

Am 25. Mai 1920 gibt der Staatssekretär für Heereswesen Julius Deutsch einen Erlass heraus, der die Wahl neuer Soldatenvertreter innerhalb von drei Wochen vorsieht und in dem festgelegt wird, dass dieser Soldatenvertreter zur Mitwirkung an dienstlichen Handlungen berechtigt seien. Sowohl die oppositionellen Großdeutschen als auch der Koalitionspartner (Christlichsoziale) sind der Meinung, Julius Deutsch versuche mit diesem Erlass die Volkswehr in parteipolitischer Umklammerung zu halten. Die Regierung tritt zurück. (D I 260 f.; F I. 616 f.; 644, KS 109 f.; Ö 168 f.).

Bei den Neuwahlen am 17.10.1920 werden die Christlichsozialen zur stärksten Partei; sie erhalten 41,8 % der Stimmen und 85 Mandate, die Sozialisten 36 % und 69 Mandate, die Deutschnationalen 17,2 % und 28 Mandate. Die neue Regierung, eine Koalitionsregierung von Christlichsozialen und Großdeutschen, tritt am 20.11.1920 ihr Amt an. Darauf wird von der Nationalversammlung eine neue Verfassung einstimmig beschlossen, die in vielen Teilen unausgegoren ist. Sie ist ab der Stunde ihrer Beschlussfassung umstritten und wird auch nach einer umfassenden Reform im Jahre 1929 umstritten bleiben, was nicht gerade zur innenpolitischen Stabilität der Republik beiträgt. (KS 115 ff.).

Bundeskanzler und Außenminister wird der christlichsoziale Michael Mayr. Nachdem ein Versuch von Seipel, mit Otto

Bauer eine große Koalition zustande zu bringen, gescheitert ist, treten die Sozialisten den Weg in die Opposition an, in der sie bis zum Untergang Österreichs 1938 bleiben werden. Mit Hilfe der außerparlamentarischen Opposition, vor allem mit den stets marschbereiten Gewerkschaften, machten es die Sozialisten jeder Regierung schwer. (D I 263; F I 654 f.; KS 122 f.; 136/245; Ö 190).

Die wirtschaftliche Not ist groß. Man sieht eine Rettung Österreichs nur noch in einem Anschluss an das Deutsche Reich. In Tirol, Salzburg und der Steiermark finden darüber Volksabstimmungen statt. Um zu beruhigen, einigten sich die Christlichsozialen und die Großdeutschen auf Dr. Johannes Schober, den Polizeipräsidenten von Wien, der den Großdeutschen nahe steht. Heeresminister bleibt wie in der Regierung Mayr der Christlichsoziale Carl Vaugoin; er wird es bis 1933 bleiben und dafür sorgen, dass aus der sozialistischen Volkswehr ein politisch unabhängiges Bundesheer wird wie in der letzten großen Koalitionsregierung vereinbart. (D I. 274; F I. 662 f.; Ö 197; 230).

Beim Parteitag der Sozialisten im Oktober 1922 sind sich die Delegierten darüber im Klaren, dass sie mit ihrem Ausscheiden aus der Regierung nicht nur den Einfluss auf Staatsbudget und Wirtschaft, sondern auch auf die Wehrmacht verloren haben. Julius Deutsch, der Organisator der Volkswehr und erster Heeresstaatssekretär der Republik Österreich, stellt den Antrag, eine Schutztruppe der Arbeiterklasse aufzustellen. Das ist die Geburtsstunde des „Republikanischen Schutzbundes“, der Wehrorganisation der Sozialisten, einer wohlorganisierten Parteiararmee bis zu 80.000 Mann mit

Waffenlagern in den Parteieinheiten. (D I. 219 f.; Ö 264; SD 92).

Auf dem Parteitag der Sozialisten in Linz am 30.10.1926 wird das von Otto Bauer entworfene Parteiprogramm angenommen, das unter anderem folgenden Satz enthält: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats zu brechen“. (D I. 123; 348 f.; F II. 26 f.; KÖ 110).

Die Heimwehr, hervorgegangen aus den Ortswehren und Bürgerwehren nach dem ersten Weltkrieg, war anders als der Schutzbund keineswegs eine geschlossene militärisch geschulte Organisation. Je nachdem, aus welchen Ortswehren sie entstanden sind, gab es „Ortskaiser“, die sich zum Teil gegenseitig befehdeten. (D I. 172; F II. 69 f.; KS 224 f.; Ö 376; Sch 112 f.; SD 90 142).

Es ist eine Tragödie, dass in der Heimwehr Kampfgeist und Kampfbereitschaft des Schutzbundes und im Schutzbund jene der HW überschätzt worden sind. Beide Formationen wädhnten sich in der Abwehr und hielten das Renommiergehabe der anderen Seite für den Ausdruck überquellender Stärke. Schutzbund und Wehrverbände hatten genug Waffen, wussten sie doch um die Waffendepots, die 1918 vor den Schnüfflern der Waffenstillstandskommission verborgen worden sind. (D II. 26; 45; KS 294; Ö 173).

**C**. Die Vorgeschichte der tragischen Ereignisse des 15.7.1927 sind in ihren Umrissen jedem an der Zeitgeschichte Interessierten bekannt (s. FK 21/07; S 4 ff.). Die den Monarchisten nahe stehende später zu den „Braunen“ übergegangene Frontkämpfervereinigung hat für den 30.1.1927 im burgenländischen Ort Schattendorf nahe der ungarischen Grenze bei der Behörde eine Kundgebung unter freiem Himmel angemeldet, die von den Sozialisten gestört worden ist. Durch das unentschlossene Verhalten der sozialistischen Parteiführung in Wien entstanden die tragischen Ereignisse des 15.7.1927 (Brand des Justizpalastes in Wien). Der Kampf im Februar 1934 und letzten Endes Österreichs Untergang 1938 sind vorprogrammiert. Der Schutzbund wird entgegen dem Rat von Theodor Körner („Edler von Siegringen“) aufgerüstet.

Auf dem von Steidle, damals Bundesführer der Heimwehr, am 18.5.1930 nach Korneuburg einberufenen Generalversammlung der niederösterreichischen Heimwehr („Korneuburger Eid“) sind Grundsätze beschlossen worden, die eine Synthese aus dem Wehrwillen der Heimwehr und der Ständestaatsideologie von Othmar Spann sind. Damit hat die HW ihren Übertritt von einer reinen Wehrorganisation zu einer staatspolitischen Organisation vollzogen. Es war nicht eine nicht nur nichtdemokratische, es war eine antidemokratische Willensäußerung. Von diesem Programm haben sich bald der steirische Heimatschutz (Führer Walter Pfrimer, über dessen Schicksal in Zusammenhang mit dem Juliputsch berichtet wird) und der oberösterreichische Heimatschutz (Führung Ernst Rüdiger von Starhemberg), der am

2. September 1930 Bundesführer der HW wird, distanziert. Nach ihren eigenen Angaben verfügen die HW zu diesem Zeitpunkt über 492.000 uniformierte und mäßig bewaffnete Mitglieder. (D II. 97 f.; Ö 376 ff.; Sch 83; SD 90).

Bundeskanzler Schober tritt am 25. September 1930 zurück, neuer Bundeskanzler (einer Minderheitsregierung) wird Vaugoin, der weiterhin Heeresminister bleibt. Justizminister wird, von der HW nominiert, der Salzburger Notar Hueber, ein Schwager Hermann Görings; Bundespräsident Miklas Ignaz Seipel, der Nationalrat auflöst und setzt Nationalratswahlen für den 9. November 1930 an. (D II. 350; Ö 378).

Durch ihre scheinbaren Erfolge siegessicher geworden kandidierten die Heimwehren auf einer eigenen Liste, dem „Heimatblock“. Der niederösterreichische Heimwehrführer Julius Raab und der Wiener Heimwehrführer Emil Fey lehnten die Kandidatur beim „Heimatblock“ ab und stimmten für die christlichsoziale Partei; der Beginn der Spaltung der HW, die schließlich zu einem großen Gegensatz zwischen Starhemberg und Fey führte. Die Großdeutschen und der Landbund dieser hatte nunmehr eine eigene bewaffnete Wehrformation, die „Bauernwehren“ – schlossen sich zum „Schoberblock“ zusammen; das Gros von ihnen landete bei den Braunen. (D II. 103 f.; Ö 340; 380 f.).

Die Novemberwahlen brachten für die Christlichsozialen ein Fiasko. Als stärkste Partei gingen daraus die Sozialisten hervor, die 72 Sitze erhielten und gegenüber 1927 einen Gewinn erzielt haben; die Christlichsozialen erhielten 66 Sitze (Verlust gegenüber 1927 7 Sitze), der „Schoberblock“ 19 Sit-

ze (Verlust 2) und der bisher nicht kandidierende „Heimatblock“ 8 Sitze, wovon mindestens 7 auf Kosten der Christlichsozialen gegangen sind. Als stimmenstärkste Partei konnten nunmehr die Sozialisten den ersten Präsidenten des Nationalrates stellen, zweiter wurde ein Vertreter des Christlichsozialen, dritter ein Vertreter des Schoberblocks. (D I. 209; KS 317 f.).

1931 beauftragte Bundespräsident Miklas Ignaz Seipel, die nächste Regierung zu bil-



Ignaz Seipel

den. Dieser sieht nur noch in einer Konzentrationsregierung, in der alle Parteien vertreten sind, auch die Sozialisten, die mögliche Rettung des Landes. Er bietet Otto Bauer das Amt des Vizekanzlers an und zwei Ministerien. Aus der Überzeugung, dass die Sozialisten in einer derartigen Krisensituation nicht in die Regierung eintreten dürfen, die Wirtschaftskrise werde, wenn überhaupt, nur unter großen Opfern zu überwinden sein,

lehnten sie dieses Angebot ab. Die Ablehnung von Seipels Koalitionsangebot hat die Christlichsozialen gezwungen, zwischen Nationalsozialisten und Faschisten zu wählen. Die Christlichsozialen haben eine Koalition mit der faschistischen Heimwehr als das kleinere Übel empfunden; damit verschoben sie die nationalsozialistische Machtübernahme um fünf Jahre, doch besiegelte der Einfluss deklarierter Faschisten in der Regierung das Ende der Demokratie. (Walter Simon in „Die

und daher auch im Bundesrat, Nationalratsmandat hatten sie keines bekommen. Über den Terror der Braunen, im Wesentlichen beginnend mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland am 30.1.1933, wird in der Folge berichtet werden. (F II. 257 f.; Ö 407 f.).

Am 6. Mai 1932 hat der Bundespräsident Engelbert Dollfuß, der schon in der Vorregierung Landwirtschaftsminister gewesen ist, mit der Re-



Engelbert Dollfuß

gierungsbildung betraut. Nachdem die Sozialisten auch ein Angebot von Dollfuß, mit ihm eine Koalitionsregierung zu bilden, wie sie seinerzeit die Angebote von Seipel und Buresch abgelehnt haben, bildeten die Christlichsozialen zusammen mit Landbund und Heimatblock eine Regierung, die im Nationalrat eine Mehrheit von 83 Mandaten gegenüber 82 Mandate der Opposition hatte. Mit einem Mandat Differenz zu regieren ist nicht leicht; hängt es doch vielfach vom Zufall ab, ob eine Mandatar erkrankt ist, oder wer von den drei Präsidenten den Vorsitz führt, denn dieser hatte kein Stimmrecht. (D II. 396; F II. 66).

Furche“ vom 31. März 1994, S 8, „Februar 1934“). (D II. 105 f.; F II. 49; 70; KS 320 f.; Sch 132).

Die Landtagswahlen bzw. Gemeinderatswahlen vom April 1932 in Wien, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten brachten den Nationalsozialisten auf Kosten der Regierungspartei Erfolge; sie erhielten Mandate in den Landtagen von Niederösterreich, Salzburg und im Wiener Gemeinderat

**D.** Wie zuletzt im FK 7/03 S 10 ff. ausgeführt, kommt es am 4. März 1933 zu einer folgenschweren Kettenre-

► aktion im Parlament: Der erste Präsident des Nationalrates Karl Renner legt sein Amt nieder; da die Opposition mit dem nun stimmberechtigten Renner die Regierung zu Fall bringen könnte, legt auch der zweite Präsident, der Christlichsoziale Rudolf Ramek, sein Amt nieder, prompt gefolgt vom dritten Präsidenten, dem Großdeutschen Sepp Straffner. Das Parlament hatte keinen Präsidenten mehr. Diese Lücke in der Geschäftsordnung – behoben erst mit BGBl 84/1948 – führte zur Lähmung der Tätigkeit des in Session befindlichen aber ohne Präsidium funktionsunfähigen Nationalrates. In einer am 7.3. an allen Plakatwänden affichierten Proklamation weist die Regierung darauf hin, dass zwar der Nationalrat gelähmt und handlungsunfähig sei, jedoch die gesetzmäßige Regierung von der Parlamentskrise nicht berührt werde, es gebe daher keine Staatskrise. Dollfuß dachte noch lange nicht an eine ständige Ausschaltung des Parlaments, sondern beabsichtigte, die Gelegenheit zu benutzen, um die längst fällige Reform der Geschäftsordnung durchzusetzen. Die Alternative zum Klassenkampf ist für Dollfuß „die berufsständische Ordnung“, nicht aber der Einparteienstaat gewesen. (D II. 398 f.; F I. 685; F II. 64 f.; 125 ff.; KS 129 f.; Ö 421 ff.; Sch 100).

Ein Zusammengehen der Schwarzen und Roten zur Lösung dieser Staatskrise – wie zu spät 1938 versucht – war nach der damaligen Stimmung des Wählervolkes nicht möglich. Es war daher die Notwendigkeit einer Ausnahmegesetzgebung kaum zu umgehen, wozu sich auch die Regierung entschlossen hat, aufgrund des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ ihre Geschäfte weiter zu führen. Der Bundes-

präsident belässt die Regierung im Amt, Rote, Blaue und Braune demonstrieren dagegen. (D II. 398; Sch 141).

Am 31.3.1933 wird der Schutzbund verboten, am 26.5.1933 die KP aufgelöst. Nach einem am 19.6.1933 in Krems gegen eine Gruppe von christlich-deutschen Turnern von den Nationalsozialisten verübten Handgranatenüberfall werden die NSDAP und alle ihre Gliederungen aufgelöst. Der Nationalratsklub der Christlichsozialen hat am 11.5.1934 das Präsidium ermächtigt, alle mit der Liquidation zusammenhängenden Aufgaben auszuführen. Bundeskanzler Dollfuß wies darauf hin, es gebe ohne die Christlichsozialen keine Vaterländische Front. Am 27.9.1934 beschließt die Bundesparteileitung der Christlichsozialen formell, die Tätigkeit der christlichsozialen Partei einzustellen. (F II. 109 ff.; Sch 141 f.; SD 142, 237).

Das Verbot des Schutzbundes hat dessen Existenz nicht aufgehoben, er verfügt noch über die meisten seiner Waffen in den verschiedenen Verstecken, die sich zum Teil in Parteihäusern befinden. Nach der Verhaftung der Kommandanten des republikanischen Schutzbundes Eifler (Edler von Lobenstein) und der Wiener Stadtwache Rudolf Löw am 3.2.1934 wird am 8.2. die Zentrale der sozialistischen Partei auf der Rechten Wienzeile in Wien von der Polizei besetzt und durchsucht. Dass die Parteiführung sich das alles gefallen lässt, hat viele Sozialisten bewogen, ihre Mitgliedschaft bei der Partei aufzugeben. In diesem einen Jahr hat die Partei rund 30 % ihrer Mitglieder verloren. (Ö 439).

Über die Ereignisse des Februar 1934 ist wiederholt be-

richtet worden, zuletzt im FK vom März 1999, Seite 2. Entgegen der ausdrücklichen Weisung der Wiener Parteizentrale erteilt der oberösterreichische Schutzbundführer Richard Bernaschek seinen Leuten den Befehl, sollte auch das Linzer Hauptquartier der Sozialisten im Hotel Schiff durchsucht werden, sich mit Waffengewalt zu widersetzen. In den Morgenstunden des 12. Februar (Faschingmontag) kommt die Polizei vor dem Hotel Schiff zu einer Waffensuche. Der Kampf ist entbrannt. Als die Parteileitung in Wien von den Kämpfen in Linz erfährt, zögert sie vorerst, entschließt sich aber dann doch, eine zentrale Kampfleitung, bestehend im Wesentlichen aus Otto Bauer und Julius Deutsch, mit dem Sitz im Ahornhof in Wien 10 zu bilden, einem Wohnbau der Gemeinde Wien. Der vorgesehene Generalstreik bleibt aus. (D II. 294 ff.; 372; F II. 135 ff.; 159 f.; Ö444 ff.; Sch 143; SD 169).

Zu den angeblichen Gräueltaten: In einem Bericht des Verteidigungsministeriums nach dem Februaraufstand 1934 heißt es bezüglich der Wohnbauten der Gemeinde Wien, hier offenkundig des „Heiligenstädter Hofes“, von 1934 bis 1938 „Biedermannhof“, ab 1945 „Karl Marx Hof“: „Die baulichen Anlagen der zur Verteidigung ausersehenen Objekte (i. e. Gemeindebauten) mit ihren als Sammelplätze dienenden Höfen, Bereitschaftsräumen, langen Verbindungsgängen, Aufzügen, Schächten, kleinen Fenstern, Luken, Balkonen, verdeckten Klingelleitungen und der die Verteidigung begünstigende Grundriss kamen den Aufständischen sehr zu statzen“ (s. u.a. „Öffentliche Sicherheit“ Polizei-Rundschau Nr. 3/34). Dies geht auch aus einer Schilderung des damaligen fran-

zösischen Gesandten in Wien Gabriel Puaux hervor, erschienen 1950 in einem Artikel der „Revue Paris“ „Chancellor Dollfuß“. Puaux habe in einem Keller des Heiligenstädter Hofes einen Schießstand gesehen, auf dessen Zielscheiben Polizeihelme abgebildet waren. Die eingesetzte Artillerie habe nur mit Übungsgranaten geschossen; Julius Deutsch, im 1. Weltkrieg Artillerieleutnant, hat sich über die vielen Blindgänger gewundert. (D II. 332; F II. 22 f.; 144 f.; KÖ 167; KS 209; 235/42; Sch 340/10).

Über das Inkrafttreten der berufsständischen Verfassung am 1. Mai 1934 und dem Aufstand und Dollfuß-Mord der Braunen wird in den folgenden Nummern des FK berichtet werden.

#### Quellen und Abkürzungen:

- D I.*: Drimmel Heinrich: „Vom Umsturz zum Bürgerkrieg Österreich 1918 bis 1927“, Verlag Amalthea Wien 1985  
*D. II.*: Drimmel Heinrich: „Vom Bürgerkrieg zum Februaraufstand, Österreich 1927 bis 1934“, Verlag Amalthea Wien 1986  
*FK*: Der Freiheitskämpfer, Datum, Nummer, Seite  
*F I.*: Funder Friedrich: „Vom Gestern ins Heute“, Verlag Herold Wien 1952  
*F II.*: Funder Friedrich: „Als Österreich den Sturm bestand“, Verlag Herold Wien 1957  
*FU*: Die Furche, Datum, Seite  
*KÖ*: Kindermann Gottfried Karl: „Österreich gegen Hitler, Europas erste Abwehrfront 1933 bis 1938“, Verlag Langen Müller, München 2003  
*KS*: Klemens von Klemperer: „Ignaz Seipel, Staatsmann einer Krisenzeit“, Verlag Styria Graz 1976  
*Ö*: Portisch Hugo: „Österreich I, die unterschätzte Republik“, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1989  
*Sch*: Schuschnigg Kurt: „Im Kampf gegen Hitler“, Verlag Fritz Molden, Wien 1969  
*SD*: Shepherd Gordon: „Engelbert Dollfuß“, Verlag Styria Graz 1961

# 1.5.1934: Österreich ein Ständestaat

Kurz nach dem sich der Nationalrat selbst seiner Aktionsfähigkeit beraubt hat, sagte Engelbert Dollfuß, eine Idee Ignaz Seipel aufgreifend, auf dem Parteitag der christlichsozialen in Salzburg am 5.5.1933, in dieser Verfassung sei der Grundsatz einzubauen: Schaffung einer berufsständischen Körperschaft, die in allen Fragen der wirtschaftlichen Gesetzgebung das primäre Gesetzgebungsrecht haben wird. Wir wollen aus den gegenwärtigen Verhältnissen keinen Dauerzustand schaffen, wir streben eine vernünftige Regelung an, deren sicheres Funktionieren der Volksvertretung in der Zukunft gewährleistet (F 2, S 66 f.). Grundlagen der Verfassung sollen ständische Vorlagen und ständische Grundlagen sein, wie sie die Enzyklika Quadragesimo Anno verkündet.

Im Frühsommer 1933 hatte Dollfuß den gewesenen Bundeskanzler Dr. Ender mit der verfassungsrechtlichen Vorbereitung der berufsständischen Reform betraut (F 2, S 182). Otto Bauer schrieb hiezu, unter dem Titel „Klassenkampf und Stände verfassung“ in „Der Kampf“ Jänner 1934, Nr. 1, die Arbeiterschaft könnte sich über den Aufbau der berufsgenossenschaftlichen Organisationen verständigen, wenn diese berufsständische Ordnung freie berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung, also echte Wirtschaftsdemokratie bedeuten soll, die die politische Demokratie nicht aufhebt sondern ergänzt und ausbaut (F 2, S 133). Bei der im Rahmen des Katholikentages anlässlich des 250. Jahrestages der Befreiung Wiens von der Türkengefahr veranstalteten Großkundgebungen am Trabrennplatz am 11. und 12. 9. 1933 skizzierte Dollfuß seine politische Zielsetzung. Die Zeit des liberalen kapitalistischen Denkens, der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung, die Zeit marxistische Volksführung und Volksverführung sei vorüber, ebenso die Zeit der Parteiherrschaft; er lehne Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen christlichen deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung (Ö 434).

Am 27.4.1933 beruft der 2. Präsident des Nationalrates, der christlichsoziale Rudolf Ramek, das Parlament zur Fortsetzung der Sitzung vom 3. März 1933 ein. 65 Christlichsoziale, 10 Großdeutsche, 8 Angehörige der HW und 10 des Landbundes sind einladen, insgesamt 93, 76 erscheinen. Gegen die 10 Stimmen von Großdeutschen wird das Bundesverfassungsgesetz über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung beschlossen (Ö 457).

Im Bewusstsein der existenziellen Bedrohung Österreichs hat Dollfuß im April 1933 die am 21. Mai noch schnell verlautbarte Gründung einer überparteilichen Sammelbewegung, genannt Vaterländische Front (VF), zur Wiedererweckung eines neuen österreichischen Selbstbewusstseins und Patriotismus und zur Erhaltung und autonomen Weiterentwicklung Österreichs als eigener Staat beschlossen. Ihr Zeichen war das Kruckenkreuz, ein uraltes christliches Symbol.

Das österreichische Experiment der Liquidierung der demokratischen Verfassung und ihres Ersatzes durch eine autoritäres und betont katholisches Regime diene ausschließlich dem alles andere überragenden Zweck, den

Anschluss Österreichs an Deutschland zu verhindern (Sche S 102 f.). Um Neuwahlen zu vermeiden – die Nationalsozialisten hatten im April 1932 bei den Wahlen in den Bundesländern großen Stimmzuwachs erhalten – ver-

schoben damit die Christlichsozialen die nationalsozialistische Machtübernahme um fünf Jahre (Walter Simon „Februar 1934“ in „Die Furche“ vom 31. März 1994).

Ju. ■

## Ich wünsche dir Zeit

Ich wünsche dir nicht alle möglichen Gaben.  
Ich wünsche dir nur, was die meisten nicht haben:  
Ich wünsche dir Zeit, dich zu freuen und zu lachen,  
und wenn du sie nutzt, kannst du etwas draus machen.  
Ich wünsche dir Zeit für dein Tun und dein Denken,  
nicht nur für dich selbst, sondern auch zum Verschenken.  
Ich wünsche dir Zeit – nicht zum Hasten und Rennen,  
sondern die Zeit zum Zufriedenseinkönnen.  
Ich wünsche dir Zeit – nicht nur so zum Vertreiben.  
Ich wünsche, sie möge dir übrig bleiben  
als Zeit für das Staunen und Zeit für Vertrauen,  
anstatt nach der Zeit auf der Uhr nur zu schauen.  
Ich wünsche dir Zeit, nach den Sternen zu greifen,  
und Zeit, um zu wachsen, das heißt, um zu reifen.  
Ich wünsche dir Zeit, neu zu hoffen, zu lieben.  
Es hat keinen Sinn, diese Zeit zu verschieben.  
Ich wünsche dir Zeit, zu dir selber zu finden,  
jeden Tag, jede Stunde als Glück zu empfinden.  
Ich wünsche dir Zeit, auch um Schuld zu vergeben.  
Ich wünsche dir: Zeit zu haben zum Leben!

Elli Michler [www.ellimichler.de](http://www.ellimichler.de)

Aus: Elli Michler. *Dir zugeeignet, Wunschgedichte.*  
© Don Bosco Verlag, München, 19. Aufl. 2004

## „Runde“ Gedenktage 2009

- 1789** 14.7.: Französische Revolution
- 1804** 4.4.: Franz von Habsburg-Österreich (als Franz II. Römisch-Deutscher Kaiser) erklärt sich als Franz I. zum Kaiser von Österreich; damit sind alle von Habsburg regierten Länder in einem Reich vereint, der österreichischen- (ab 1867 -ungarischen) Monarchie.
- 1809** 21./22.4.: Schlacht bei Aspern-Essling; Erzherzog Karl von Österreich besiegt Napoleon.  
5./6. 7.: Österreichische Niederlage in der Schlacht bei Wagram, Volksaufstand in Tirol  
12.4., 29.5., 13.8.: Schlachten am Berg Isel, Sieg der Tiroler  
14.10.: Friede von Schönbrunn, Tirol bleibt bayrisch, auch sonst große Gebietsverluste Österreichs
- 1814** Wiener Kongress, Neuordnung Europas, führende Persönlichkeit österreichischer Staatskanzler Metternich.
- 1824** 14.9: Geburt von Anton Bruckner
- 1849** Im Dezember legt Erzherzog Johann von Österreich die Würde eines Reichsverwesers des Deutschen Bundes, wozu er am 27.6.1848 von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main in der Paulskirche gewählt worden ist, vor allem auf Druck Preußens nieder; Österreich und verschiedene andere Staaten ziehen ihre Gesandten zurück.
- 1859** 10.5.: Tod von Erzherzog Johann  
11.6.: Tod von Metternich  
18.11.: Frieden von Zürich – Österreich muss als Folge seiner Niederlagen von Magenta und Solferino die Lombardei an Frankreich abtreten.
- 1864** 8.2.: Feldzug wegen Schleswig-Holstein, Österreichische Truppen erstürmen Översee, Tegetthoff siegt mit der österreichischen Flotte im Seegefecht bei Helgoland gegen die Dänen.
- 1889** 30.1.: Tod von Kronprinz Rudolf
- 1909** 30.3.: Völkerrechtliche Anerkennung der Annecton von Bosnien und Herzegowina
- 1914** 28.6.: Attentat von Sarajewo; Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Gattin getötet.  
28.7.: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien; Ausbruch des 1. Weltkrieges
- 1919** 16.2.: Wahlen für die konstituierende Österreichische Nationalversammlung: 72 Sozialdemokraten, 69 Christlich-Soziale, 26 Großdeutsche.  
15.3.: Bildung einer sozialdemokratisch – christlichsozialen Koalitionsregierung unter Karl Renner.
- 17.4.: Kommunisten versuchen das Parlament zu stürmen, Ausrufung der Räterepublik, Forderung des Zusammenschlusses mit Ungarn, 6 Tote (5 Polizisten, 1 Frau).  
15.6.: Versuch der KP ihre Gefangenen zu befreien; Kämpfe in der Hörlgasse und am Ring, 20 Aufständische getötet.  
14.9.: Staatsvertrag von Saint Germain, unterzeichnet von Renner mit Protest.
- 1924** Stabilisierung der Währung, Einführung der Schillingwährung mit 1.1.25, Gründung des republikanischen Schutzbundes durch den sozialdemokratischen Nationalrat Julius Deutsch  
1.10.: Beginn der Radiosendung, Gründung der Ravag
- 1929** 24.10.: „Schwarzer Freitag“: Bankenkrach in den USA, der dann auf Europa überschwappt; Zusammenbruch der österreich-ungarischen Bodencreditanstalt.  
7.12.: Verfassungsreform, durch die die Macht des Parlaments verringert und die Position des Präsidenten, der Regierung und der Zentralstellen erhöht wird.
- 1934** „Schicksalsjahr Österreich“  
12.2.-15.2.: „Februaraufstand“ der Sozialdemokraten  
1.5.: Inkrafttreten der „ständestaatlichen Verfassung“  
25.7.: Nationalsozialistischer Putschversuch, Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, neuer Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg
- 1939** 1.9.: Beginn des 2. Weltkrieges
- 1944** Hinrichtung von Roman Scholz (10.5.) und einiger seiner Mitkämpfer  
6.6.: Landung der westlichen Alliierten in der Normandie  
20.7.: Misslungenes Attentat von Stauffenberg, Adolf Hitler überlebt, die Offiziersverschwörung wird niedergeschlagen.
- 1964** 8.1.: Tod von Julius Raab
- 1989** 27.6.: Die Außenminister von Österreich Alois Mock und von Ungarn Gyula Horn zerschneiden symbolisch den Stacheldraht an der österreichisch-ungarischen Grenze und damit den „Eisernen Vorhang“. Die Folge:  
9.11.: Die Öffnung der Berliner Mauer, Ende der Abschottung des Ostblockes
- 2004** 13.3.: Tod von Kardinal Erzbischof Franz König



# Arbeitsgemeinschaft auf Gedenkfahrt nach Auschwitz

Mit Unterstützung durch die Stadt Wien konnten die Wiener Organisationen der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs vom 13. bis 17. November 2008 eine Gedenkfahrt mit dem Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz, des Vernichtungslagers Birkenau und des Arbeitslagers Plaszow durchführen. Einige kannten diese Lager schon, andere Teilnehmer waren das erste Mal dort. Aber alle Kameradinnen und Kameraden waren erschüttert über die unvorstellbaren Gräueltaten des NS Regimes.

Das staatliche Museum Auschwitz, durch das uns von polnischen Mitarbeiterinnen und einem österreichischen Zivildienstler eine anschauliche und einfühlsame Führung gegeben worden war, ist mit seinen verschiedenen Blöcken, den Strafzellen – in einer wurde der später heilig gesprochene P. Maximilian Kolbe zu Tode gefoltert – den Hinrichtungsplätzen und der österreichischen Gedenkstätte ein Erlebnis, das gerade jüngeren und leider nur sehr wenig oder gar nicht informierten Mitbürgern notwendigerweise vermittelt werden müsste.

Die erschütternde Sammlung von Bekleidung und Schuhen, Brillen und den mit der Zeit grau gewordenen abgeschnittenen Haaren der Frauen ist wohl ein nie wieder zu vergessender Eindruck. Vor der so genannten Todeswand im Todesblock 11 legte der Bundesobmann der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich Dr. Gerhard Kastelic mit einigen Worten des Gedenkens für die Arbeitsgemeinschaft einen Kranz nieder.

Das Vernichtungslager Birkenau, einige Kilometer entfernt, ist wohl das furchtbarste Erlebnis für jeden Besucher. Mit welcher Brutalität und Unmenschlichkeit hier Menschen



Gruppenfoto vor der sogenannten „Todeswand“.



Bundesobmann der ÖVP Kameradschaft Dr. Gerhard Kastelic bei seiner Rede nach der Kranzniederlegung.

schlechter als Schlachtvieh behandelt wurden. Auch hier wurde am Mahnmahl ein Kranz niedergelegt.

Plaszow wurde als Arbeitslager durch den Film Schindler's List einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Heute ist

außer einem Gedenkstein nichts mehr zu sehen.

Die Stadt Krakau, in der Aufenthalt genommen worden war, ist an sich schon eine Reise wert. Zum Glück konnten die Reisetilnehmer die Schönheiten dieser ehemaligen ös-

terreichischen Stadt kurz besichtigen.

Wer immer diese Gedenkstätten besucht wird in verstärktem Maß gegen alle Leugnungen der NS Gräueltaten und der Judenvernichtung auftreten müssen. **GK** ■

## Jahresprogramm

**Jänner:** Das Leben auch in tristen Tagen heiter zu sehen ist wahre Lebenskunst.

**Februar:** Jeder möchte die Menschen bessern aber keiner fängt bei sich selbst an.

**März:** Immer, wo du gehst und stehst: Wirke, erfreue und diene.

**April:** Es gibt bereits alle guten Grundsätze. Wir brauchen sie nur noch anzuwenden.

**Mai:** Wer sich keine Zeit für Freunde nimmt, den nimmt die Zeit die Freunde.

**Juni:** Am Baum des Lebens wachsen viele Augenblicke. Jeder davon ist kostbar.

**Juli:** Das Schönste, das wir hinterlassen können, ist das Lächeln im Gesicht all derer, die an uns denken.

**August:** Ob du eilst oder gehst, der Weg vor dir bleibt der gleiche.

**September:** Zwei Dinge verleihen der Seele am meisten Kraft: Vertrauen auf die Wahrheit und Vertrauen auf sich selbst.

**Oktober:** Wahre Einfachheit ist groß, wahre Größe ist einfach.

**November:** Kostbar ist die Weisheit, die durch Erfahrung gewonnen wird.

**Dezember:** Der Mensch sagt die Zeit vergeht, die Zeit sagt, der Mensch vergeht.

# Wird es reichen?

**Mit den Worten „es reicht“ hat Wilhelm Molterer, damals Bundesparteiobmann der ÖVP, am 7.7.2008 die nach langwierigen und mühevollen Verhandlungen am 11.1.2007 bestellte Regierung Gusenbauer (SPÖ), in der Molterer Vizekanzler war, gestürzt und damit Neuwahlen hervorgeufen.**

Schon kurz vor Ostern 2008 hatte die ÖVP an vorgezogene Neuwahlen gedacht, in der Absicht, die NRWahl von 2006, die auf einem „Irrtum der Wähler“ beruht hätte, zu korrigieren. Als die SPÖ in der Politik zur EU, möglicherweise beeinflusst durch die Kronen Zeitung, einen Schwenk machte, sah Molterer die günstige Gelegenheit gekommen, Neuwahlen zur Korrektur dieses „Wählerirrtums“ zu veranlassen.

Bei den Nationalratswahlen 2008 haben beide Regierungsparteien schwere Verluste erlitten; seitdem gibt es in Österreich keine Großparteien mehr. Die ÖVP hat die schwerste Niederlage seit ihrem Bestehen, die SPÖ seit 1945 erlitten, doch hat sich der Abstand zwischen SPÖ und ÖVP vergrößert. Die SPÖ ist weiterhin die stimmenstärkste Partei geblieben. Einer der Gründe für diese Wahlniederlage der SPÖ, der ÖVP aber auch der Grünen sieht Anneliese Rohrer in dem „Hochmutssyndrom“, unter dem alle drei verlierenden Parteien gelitten hätten. Molterer habe bei einer Versammlung zur Landtagswahl in Niederösterreich erklärt, die Wahl des Jahres 2006 sei ein Fehler gewesen, der rasch korrigiert werden müsse. Dieses Hochmutssyndrom habe den Blick auf die Realität verstellt. Die Auswirkungen dieses Syndroms hätten sich bereits im Herbst 2006 gezeigt, als die ÖVP für einige Wochen die Verhandlungen mit der SPÖ überhaupt verweigerte (Quart 3/2008 S. 8). Josef Pröll,

zunehmend Bundesparteiobmann der ÖVP, meint in einem in „Austria Plus 4/2008“, S. 9, veröffentlichten Interview, die Regierung Gusenbauer sei an der innerparteilichen Krise der SPÖ gescheitert, die es nie geschafft habe, die Oppositionsrolle abzulegen und in der Regierung anzukommen.

Bei den Nationalratswahlen vom 9.10.2006 hat die ÖVP gegenüber den Wahlen vom 24.2.2002 schwere Verluste kassiert. Bei den Nationalratswahlen 2002 hat sie noch 42,3 % der Stimmen und 79 Mandate erhalten, 2006 nur mehr 34,3 % der Stimmen und 66 Mandate. Auch die SPÖ hat Stimmen (von 36,51 auf 35,3 %) und Mandate (von 69 auf 68) verloren, ist aber wider jedes Erwartens wieder die stimmenstärkste Partei geworden (FK 19/2006, S. 2 ff. „ÖVP zu siegessicher – SPÖ siegestrunken“). Allein an die SPÖ hat die ÖVP 72000 Stimmen verloren („Amtliches Ergebnis der Nationalratswahlen 2006“). Fritz Molden schrieb in seinem 2006 im Amalthea-Verlag erschienenen Buch „Viel geprüftes Österreich, meine politischen Erinnerungen“, S 218 f, Schüssel habe sich der unerfreulichen Hackeleien zwischen den beiden Lagern überdrüssig gemeinsam mit den Koalitionsparteien entschlossen, Neuwahlen abzuhalten, habe sich aber offenbar eine falsche Wahlkampfstrategie ausgedacht. Die ÖVP habe statt ihrer Erfolge und Verdienste auf den verschiedensten Sektoren in den Vordergrund der Kampagne zu

spielen, ausschließlich Wolfgang Schüssel auf Plakaten usw. in den Vordergrund gestellt. Dieser aber habe seinem Temperament entsprechend nur selten und offenbar ohne große Begeisterung sich dem Wahlvolk gestellt; der Kanzler schwieg, damit konnte er keine Wahl gewinnen. Nach der Wahl 2006 sei Gusenbauer Bundeskanzler und Wilhelm Molterer Vizekanzler im Rahmen einer großen Koalition geworden. Schüssel sei zum Klubobmann bestellt worden, einem Rang, der nominell erst an dritter Stelle in der Parteihierarchie stehe. Schüssel zähle neben Leopold Figl, Julius Raab, Bruno Kreisky und Franz Vranitzky zu den bedeutendsten Kanzlern der Zweiten Republik (Fritz Molden, a.a.O. S. 227).

Bei den Nationalratswahlen 2008 hat die ÖVP gegenüber den Wahlen von 2006 noch schwerer an Stimmen (von 34,4% auf 26%) und Mandaten (von 66 auf 51) verloren. Statt dem Ergebnis der Nationalratswahlen vom 24.2.2002 (42,3 % der Stimmen, 79 Mandate) hatte die ÖVP nunmehr nur noch 26 % der Stimmen (Verlust 17 %) und 51 Mandaten (Verlust von über 20 %). Auch die SPÖ hat bei dieser Wahl schwere Verluste erlitten (von 35,5 % auf 29,3 % Stimmen und von 68 auf 57 Mandate), ist aber trotzdem die stimmenstärkste Partei geblieben. Die Grünen haben ebenfalls verloren (von 11,0 % auf 10,4 % und von 21 auf 20 Mandate). Gewonnen haben die beiden Rechtsparteien, die FPÖ von 11,0 % auf 17,5 % und von 21 auf 34 Mandate, das BZÖ von 4,1 % auf 10,7 % der Stimmen und von 7 auf 21 Mandate. Drittstärkste Partei ist nunmehr die FPÖ, die Grünen sind nach dem BZÖ auf den fünften Platz ge-

kommen. Zählt man die Stimmen der FPÖ (17,5 %) und des BZÖ (10,7 %) sowie deren Mandate (34 plus 21) zusammen, wären die beiden Rechtsparteien mit 28,2 % der Stimmen und 55 Mandaten stärker als die ÖVP.

Die in der Wahltagsbefragung erhobenen Wählermotive zeigen, dass die Regierung aus Enttäuschung und Protest verloren hat, die Proteststimmung gegen die Regierung haben die Rechtsparteien für sich gewonnen. Die SPÖ hat vor allem an die FPÖ (181000) und an das BZÖ (87000), die ÖVP vor allem an das BZÖ (152000) und an die FPÖ (88000) Stimmen verloren. Den Grünen hat die Konkurrenz durch das Liberale Forum, an das sie 45000 Stimmen verloren haben, sowie an die Kleinparteien (20000 Stimmen verloren) geschadet (Nationalratswahlen 2008, Amtliche Verlautbarung). Von der jungen Wähler-Generation (unter 30-jährigen) hat die FPÖ mit 33 % die meisten Stimmen erhalten, gefolgt von der ÖVP mit 20 %. SPÖ und Grünen kommen gerade noch auf 14 %, das BZÖ auf 10 %. Bei den Erstwählern (16 bis 19-jährigen) hat die FPÖ 44 %, die ÖVP 25 %, die Grünen 13 %, die SPÖ 10 % und das BZÖ 3 % erzielt (Academia vom Dezember 2008, S. 16).

In einem in der Furche vom 23.2.06 wiedergegebenen Interview hat der Innsbrucker Politikwissenschaftler UP Reinhold Gärtner davor gewarnt, die angeblich rechtsextremen Jugendlichen noch weiter in das Eck zu stellen. Sie seien keine Neonazis, sondern würden gegen die derzeitige Situation protestieren. Ein großer Teil der Jugend sehe die Welt nicht als Summe an Chancen und Möglichkeiten, sondern als Hort der Unsicherheit und der Bedrängnis, der Konkurrenz und der Schwierigkeiten, die es jetzt zu meistern

gelte (Klaus Reitan in der Furche vom 24.10.2008, „Woran sie zu messen sind“ Titelseite). Im Rahmen einer von der Industriellenvereinigung im Haus der Industrie veranstalteten Diskussion „Wertvolles Wirtschaften gefordert“ gab der Chef des Wirtschaftsförderungsinstitutes Karl Aiginger zu bedenken, dass die Akzeptanz der Marktwirtschaft bei der Jugend verloren zu gehen drohe. Der Ausdruck der Angst vor der Zukunft komme in der Politferne der Bürger und der Wahl von extremen Gruppen links und rechts der Mitte zum Tragen. Nach Martin Ohneberg, Chef der Jungen Industrie, sei die Jugend ziel- und karriereorientiert, verhalte sich aber eher unkritisch gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Theologin Polak gab zu bedenken, dass sich 37 % der Jugendlichen anstatt eines gewählten Parlaments einen starken Mann an der Spitze des Staates vorstellen könnten; die Jugend würde nur das widerspiegeln, was ihr an Werten in der Gesellschaft vorgelebt werde (Furche vom 14.11.2008). Die ÖVP habe zwar Neuwahlen ausgerufen, dann aber keine Aktionen gesetzt; es sei der katastrophalste Wahlkampf gewesen, was eine Analyse der Wahlmotive zeige (Academia vom Dezember 2008, Seite 16). Nach Markus Gull, Wahlkampfleiter der ÖVP in diesem Wahlkampf, sei die ÖVP seinem Vorschlag, die brennendsten Probleme der Bevölkerung, die Finanzkrise, in den Vordergrund zu stellen, nicht gefolgt; dies hätten dann die SPÖ aufgegriffen („Der 105er“, Zeitung des Wiener CV, Nr. 5/2008, S 18)

Faymann, Obmann der SPÖ, die aus den Nationalratswahlen mit den meisten Stimmen und Mandaten hervorgegangen ist, ist einer alten Usance entsprechend vom Bundespräsidenten mit der Regierungsbildung be-

traut worden. Eine nicht gerade leichte Aufgabe. Muss doch die neue Regierung angesichts der auf Österreich übergeschwappeten Finanzkrise möglichst rasch reagieren und auch unpopuläre Maßnahmen treffen, was eine bestimmte Zeit erfordern wird. Sie muss daher um eine Mandatsmehrheit im Nationalrat bemüht sein, um nicht über jeden Minderheitsantrag stolpern zu müssen. Die zwei ehemaligen Großparteien würden nach den Wahlen am 28. September 2008 gerade noch groß genug sein, um über die 50 % Hürde zu springen und mangels weiterer Alternativen weiter regieren wollen. Daher sei die Depression vorprogrammiert (Sozialwissenschaftler Bernd Marin in der Furche vom 25.9.2008).

Für eine absolute Mehrheit im Nationalrat sind die Hälfte von 183 Mandaten, also 92 erforderlich. Da die SPÖ 57 Mandate hat, muss sie sich um Koalitionspartner umsehen, die mindestens noch 35 Mandate bringen. Die Grünen haben nur 20 Mandate, sind also zu schwach. Die Gewinner dieser Wahlen, die beiden Rechtsparteien FPÖ (34) und BZÖ (21), würden zusammen 55 Mandate bringen, genug um gemeinsam mit den Sozialisten eine gut gepolsterte Mehrheit von 112 Mandaten zu haben. Eine Koalition der Sozialdemokraten mit den beiden Rechtsparteien wäre politisch sehr problematisch; auch ist eine Koalition mit drei Parteien eher störungsanfällig als eine mit zwei Parteien. Die einzige Partei, die mit 51 Mandaten, zusammen mit der SPÖ die für die Regierung erforderliche Mehrheit (108 Mandate) besitzt, ist die ÖVP. Damit ist die von den Wählern eigentlich abgelehnte so genannte große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP gegeben. Nach relativ kurzen Regierungsverhandlungen konnte die neue Regierung mit Faymann (SPÖ) als

Bundeskanzler und Pröll (ÖVP) als Vizekanzler Anfang Dezember ihr Amt antreten. Die neue Regierung inszeniere sich gemäß Wählerwunsch harmonisch. Es habe bei der Vorstellung der neuen Regierung im Kanzleramt förmlich nach Eintracht und Gemeinsamkeit gerochen, wo noch vor kurzem der großkoalitionäre Hader regiert habe. „Arbeit für Österreich“ sei das neue Leitmotiv von Faymann und Pröll. Der Erfolg der neuen Regierung werde da gemessen werden, wo sie über Umverteilung und schwierige Reformen wieder Milliarden einnimmt (Furche vom 19.12.2008 „Die Kunst des Regierens“ von Oliver Tanzer).

Josef Pühringer (ÖVP), Landeshauptmann von Oberösterreich, glaubt, dass die einzige Alternative zur großen Koalition eine SPÖ-Minderheitsregierung wäre und dann gebe es wieder Wahlen, die er sich nicht wünsche, die ÖVP sei schon einmal in der Opposition gewesen und 15 Jahre aus ihr nicht herausgekommen (Furche vom 14.11.2008). Werner Fasslabend bezeichnet die große Koalition als geringeres Übel, ein anderer hoher Parteifunktionär spricht von der „Wahl zwischen Pest und Cholera“ (Oliver Tanzer in: „Die ÖVP im Dilemma: Die Wahl zwischen Pest und Cholera“, Furche vom 21.11.2008). Eine solche „Wahl zwischen Pest und Cholera“ würde die Chancen für die ÖVP beim nächsten Urnengang nicht gerade vergrößern. Die Salzburger Nachrichten könnten in Faymann beim besten Willen nicht den krisenfesten Kanzler für schwierige Zeiten erkennen (Herbert Kaspar „Pest und Cholera“ im blauen Teil der Academia vom Dezember 2008, Seite 5). Die große Koalition stärkte den Protest, hat es in einer vom steirischen ÖVP Landesobmann Stellvertreter Hermann Schützenhöfer veranstalteten Diskussion in Graz geheißen (Furche

vom 31.10.2008). Unter dem Titel „Keine zehn Fragen“ meint Rudolf Mitlöhner, Faymann wolle nur, dass alles wieder wird, wie es immer war und sein soll immerdar. Glaube die ÖVP noch an sich selbst? Traue sie sich überhaupt noch zu, für eine andere Politik zu stehen? Habe sie begriffen, dass man nicht allen alles sein kann? (Furche vom 21.11.2008, Seite 10). Nach einem in der Furche vom 28.11.2008 wiedergegebenen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 25.11.2008 sei die neue Regierung ein Regierungsbündnis der Verlierer. Der durch das Nachgeben Prölls beim Europa-Schwenk der SPÖ erzwungene Rückzug der prinzipienfesten Außenministerin Plassnik würde sich auf längere Zeit rächen. Schon jetzt sei offensichtlich, dass die ideologisch verbrämte „staatspolitische Verantwortung“ der ÖVP eine geschuldete Unterordnung als Juniorpartner in der neuen Koalition mit der SPÖ allein der Opposition der Freiheitlichen nützen werde.

Das Jahr 2009 werde ein Jahr der Krisen und der Wahlen sein; am 1. März wird in Kärnten und Salzburg gewählt, am 7. Juni sind die Europa-Wahlen, im September Wahlen in Vorarlberg und Oberösterreich. Bei diesen Wahlen würden die Österreicher vor allem über die künftige Macht der Strache-FPÖ entscheiden. „Der entscheidende Faktor für das kommende Wahljahr ist: wie gut schlägt sich die große Koalition im Kampf gegen die Rezession?“ (Oliver Tanzer in der Furche vom 19.12.2008). Der EU-Streit bleibe trotz Koalitionspakt der große Konflikt in der Regierung. Im Regierungsübereinkommen heißt es, „der Vertrag von Lissabon bleibe für Österreich ein wichtiger und bewahrenswerter Schritt“. Wie werde Kanzler Werner Faymann diesen Satz der

► Kronen Zeitung erklären?“ „Das Regierungsbereinkommen zum Thema Europäische Union reicht nicht einmal für einen Hauptschulaufsatz“, meint der Grüne EU-Abgeordnete Voggenhuber (Furche vom 5.12.2008 „Die Sollbruchstelle Europa“).

Im Interesse Österreichs müssen wir hoffen, dass die Anstrengungen der Regierung genügen, um die auf sie zukommenden schweren Aufgaben zu lösen. Sollte es trotzdem zum Bruch der Regierung und damit zu Neuwahlen kommen, könnte unter Umständen der neue Kanzler Strache heißen.

#### Quellen:

Fritz Molden „Vielgeprüftes Österreich, meine politischen Erinnerungen“ Amalthea Verlag, Wien 2006

Zeitschriften: Academia Amtliche Ergebnisse der NR-Wahlen 2002 und 2006

Austria Plus, „Österreichmagazin der ÖVP“

Der Freiheitskämpfer, Datum, Seite Die Furche, Datum, Seite

Der 105-er, „Zeitschrift des Wiener Cartellverbandes“

Quart, „Zeitschrift des Forums Kunst, Wissenschaft und Medien der Erzdiözese Wien“

## Feldmarschall Johann Friedländer – Gedenktafel

Feldmarschall Leutnant (FML) Josef Friedländer ist am 5.11.1882 in Bern geboren. Noch in seinem Geburtsjahr übersiedelte er mit seinen Eltern nach Österreich-Ungarn. Er ergriff die ÖU-Offizierslaufbahn. Im 1. Weltkrieg am Balkan eingesetzt wurde er Ende 1917 als Oberst in das österreichisch-ungarische Kriegsministerium versetzt. Hier lernte er Julius Deutsch kennen, der mit seiner geheimen Militärmission die Vorbereitung für die Volkswehr getroffen hat. Am 31.3.1937 ist er als FML des österreichischen Bundesheeres pensioniert worden.

Wegen seiner jüdischen Abstammung ist Friedländer am 21.10.1942 von der Gestapo zuerst nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz gebracht worden. Als das KZ Au-

schwitz evakuiert worden ist, ist er am 20. Jänner 1945 auf dem Marsch von einem SS-Mann erschossen worden; dieser rühmte sich noch seiner Tat.

Am 15.10.2008 ist in Wien 13. Wenzgasse 19, wo Friedländer von 7.5.1937 bis 21.10.1942 gewohnt hat durch Verteidigungsminister Darabosch eine Gedenktafel enthüllt worden. Diese Gedenktafel soll auch, so

Inschrift der Gedenktafel:  
In diesem Haus lebte vom 7.5.1937 bis  
21.10.1942 Feldmarschalleutnant  
Johann Friedländer  
1882 – 1945  
Als Opfer rassistischer Verfolgung wurde  
er aus der Armee ausgeschieden und  
als KZ Häftling von Auschwitz auf  
einem Transport ermordet.

Darabosch, stellvertretend für das Gedenken an etliche ähnliche Schicksale erinnern.

Ju. ■

Was einer ist,  
was einer war,  
beim Scheiden  
wird das offenbar.  
Wir hören nicht,  
wenn Gottesweise  
summt, wir  
schaudern erst,  
wenn sie  
verstummt.

(Hans Carossa)

Internet: <http://www.oevp-kameradschaft.at>  
E-mail: [office@oevp-kameradschaft.at](mailto:office@oevp-kameradschaft.at)

Ju. ■

#### Offenlegung

**Medieninhaber:** ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium)

**Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idGF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obmann-Stv.: VPräs. d. VwGH i. R. Dr. Hubert Jurasek und Mathias Denifl, Kassier Othmar Burian, Schriftführer Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer. **Grundlegende Aufgabe** der Zeitschrift ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

#### Impressum:

**Medieninhaber  
und Herausgeber:**

Kuratorium der  
ÖVP-Kameradschaft der  
politisch Verfolgten und  
Bekenner für Österreich,  
1080 Wien, Laudongasse 16  
Tel: 01/406 11 44

Fax: 01/401 43-350

Schriftleitung: Dr. Hubert Jurasek,  
VPräs. d. VwGH i. R.

**Fotos:** Archiv, Bundesarchiv,  
ÖCV, privat

**Satz/Umbruch:** Tanja Pichler,  
1080 Wien, Stolzenthalerg. 15

**Druck:** Druckerei Lischkar,  
Migaziplatz 4, 1120 Wien

